

Dienstag, 30. Mai 2000 Nachmittag

Vorsitz: Standespräsident Hansjörg Trachsel und Standesvizepräsident Rodolfe Plozza
 Protokollführer: Hanspeter Hänni
 Präsenz: anwesend 119 Mitglieder
 entschuldigt: Zinsli
 Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

1. Staatsrechnung 1999, Fortsetzung

Sprecherin der GPK: Bühler
 Regierungsvertreter: Regierungspräsident Aliesch, Regierungsrätin Widmer-Schlumpf, Regierungsräte Huber, Lardi, Engler

II. Detailberatung
 GPK und Regierung beantragen, die Staatsrechnung zu genehmigen. Sie umfasst die Verwaltungsrechnung, die Bilanz per 31. Dezember 1999 und die Finanzierungsrechnung.
 GPK und Regierung beantragen überdies, die Jahresrechnung der kantonalen Pensionskasse zu genehmigen.
 Die Regierung beantragt ausserdem, die Rechnungen 1999 der GRiforma-Pilotdienststellen zu genehmigen.

Antrag Augustin zur Bilanz

1. Die Verlagerung der Anlagewerte des Finanzvermögens in das Verwaltungsvermögen (Übertrag von Kontogruppe FV 1021 auf VV 1158) gemäss Zusammenstellung Rechnung 1999, Seite A 50, Ziff. 1, Beteiligungen, in Höhe von 79'237'789 Franken sei nicht zu vollziehen und die Anlagewerte seien im Finanzvermögen zu behalten.
2. Eventuell seien die Beteiligungen an der AG Bündner Kraftwerke bzw. an der Kraftwerke Brusio AG bzw. ihre Überführung ins Verwaltungsvermögen als Ausgabe dem obligatorischen Finanzreferendum gemäss Art. 2, Abs. 6, lit. a der Kantonsverfassung zu unterstellen.

III. Beschlüsse
 Der Hauptantrag Augustin wird mit 85 zu 6 Stimmen abgelehnt.
 Der Eventualantrag Augustin wird mit 89 zu 4 Stimmen abgelehnt.
 Die Staatsrechnung 1999 (inklusive Rechnungen 1999 der GRiforma-Pilotdienststellen) wird mit 99 zu 0 Stimmen genehmigt.
 Die Jahresrechnung der kantonalen Pensionskasse wird mit 102 zu 0 Stimmen genehmigt.

2. Interpellation Maissen (Schluein) betreffend die romanische Sprache (Wortlaut Januarprotokoll 2000, Seite 654)

Erstunterzeichner: Maissen (Schluein)
 Regierungsvertreter: Regierungsrat Lardi

Erklärung Der Interpellant erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

3. Interpellation Suter betreffend alte Sprachen an den Mittelschulen (Wortlaut Januarprotokoll 2000, Seite 663)

Erstunterzeichnerin: Suter
 Regierungsvertreter: Regierungsrat Lardi

Erklärung Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

4. Interpellation Bucher betreffend Bündner Subventionspraxis für Schlachtvieh (Wortlaut Januarprotokoll 2000, Seite 663)

Erstunterzeichnerin: Bucher
Regierungsvertreter: Regierungsrat Huber

Erklärung Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

5. Interpellation Pfenninger betreffend Rebbau im Domleschg (Wortlaut Januarprotokoll 2000, Seite 648)

Erstunterzeichner: Pfenninger
Regierungsvertreter: Regierungsrat Huber

Erklärung Der Interpellant erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

6. Interpellation Telli betreffend Übertragung von Milchkontingenten durch Miete ins Unterland (Wortlaut Januarprotokoll 2000, Seite 654)

Erstunterzeichner: Telli
Regierungsvertreter: Regierungsrat Huber

Erklärung Der Interpellant erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

7. Regierungsprogramm und Finanzplan 2001–2004 (Botschaftenheft Nr. 1/2000–2001, Seite 3)

Kommissionspräsident: Luzi
Regierungsvertreter: Regierungspräsident Aliesch, Regierungsrätin Widmer-Schlumpf

I. Eintreten Eintreten ist nicht bestritten und daher beschlossen.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

M O T I O N

der CVP betreffend volle Ausschöpfung der Bundesbeiträge zur individuellen Verbilligung der Krankenkassenprämien

Rund 84 Millionen Franken an Bundes- und Kantonsbeiträgen stünden für Graubünden und das Jahr 2000 für die individuelle Prämienverbilligung zur Verfügung. Der Anteil des Bundes betrüge rund Franken 63 Millionen, derjenige des Kantons rund Franken 21 Millionen. Seit Einführung des Systems der individuellen Prämienverbilligung mit dem neuen KVG schöpft der Kanton Graubünden allerdings nicht die vollen Bundesbeiträge aus.

Für das laufende Rechnungsjahr 2000 sollen gemäss Budget lediglich 32,5 Millionen vom Bund abgerufen und mit 12,6 Millionen seitens des Kantons aufgestockt werden; total kommen so rund Franken 45 Millionen zur Auszahlung, was einem Anteil von rund 53% entspricht.

In den Jahren 1998 und 1999 wurden höhere prozentuale Anteile von den beim Bund zur Verfügung stehenden Mitteln abgerufen (65%/60%).

Durch die nicht volle Ausschöpfung der Bundesbeiträge für die individuelle Prämienverbilligung gehen den Bündner Prämienzahlern aber auch der Bündner Volkswirtschaft rund Franken 30 Bundesmillionen verlustig (ohne die kantonalen Beiträge). Ein zentrales Anliegen der KVG-Revision war es, die mittleren Einkommen nicht stärker zu belasten. Ein Blick auf die Prämienentwicklung seit 1996 zeigt, dass dieses Versprechen immer weniger eingehalten werden konnte. Ein wesentlicher Grund dafür liegt in Graubünden im Umstand, dass der Kanton nicht bereit und in der Lage war, die für die individuelle Prämienverbilligung seitens des Bundes zur Verfügung gestellten Mittel voll auszuschöpfen. Die Benachteiligten sind Rentner, Alleinstehende (mit und ohne Kindern) und durchschnittlich verdienende Arbeitnehmer (vor allem mit Kindern). Einmal mehr trägt der breite Mittelstand erhöhte Kosten und Lasten, ohne in den Genuss entsprechender Verbilligungen zu kommen. Aus

Sicht der CVP ist dieser Zustand für die nächste Zeit unhaltbar, weshalb er nach einer Korrektur ruft. Das kantonale Gesetz über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung ist auf Grund der KVG-Revisionen sowieso zu revidieren. Die CVP ist deshalb der Ansicht, dass gleichzeitig auch das bisherige Prämienverbilligungssystem zu revidieren ist. Die CVP-Fraktion ersucht deshalb die Regierung, das KPVG zu revidieren, das heisst entsprechende Revisionsvorschläge dem Grossen Rat zuhanden der Volksabstimmung unterbreiten zu wollen.

Dabei müssten mindestens folgende Punkte in die Vorschläge der Regierung einbezogen werden:

- Die individuellen Prämienverbilligungsbeiträge des Bundes sind von Gesetzes wegen voll auszuschöpfen. Die dadurch notwendige Aufstockung des kantonalen Beitrages (ca. Fr. 8 Millionen) soll durch innerkantonale Anpassungen (z.B. im Bereich des Steuerrechtes, Stipendien) korrigiert werden, sodass budgetmässig die Aufstockung neutral erfolgt.
- Die Kriterien für die Anspruchsberechtigung hinsichtlich Einkommen, Vermögen, Familiengrösse und Familiensituation sind auf die Rechtsverhältnisse in anderen Kantonen, insbesondere der Ostschweiz, abzustimmen. Alleinstehende mit Kindern und Familien mit Kindern sind bevorzugt zu behandeln und zu priorisieren.
- Eine rasche und unbürokratische Anpassung der Prämienverbilligung bei Änderung des Wohnortes (interkantonal), der Einkommenssituation und der familiären Situation ist gesetzlich sicherzustellen.
- Der Auszahlungsmodus ist für alle Anspruchsberechtigten einheitlich zu regeln, wobei die Auszahlung über die Versicherer (monatliche Reduktion der Prämien) zu erfolgen hat.
- Das System der Prämienverbilligung muss administrativ einfach sein und zu raschen Auszahlungen führen, wobei gesetzlich sicherzustellen ist, dass kein Versicherter höhere Prämienverbilligungsbeiträge erhält als er tatsächlich Prämien für die Grundversicherung zu entrichten hat.
- Dem Daten- und Persönlichkeitsschutz ist Rechnung zu tragen.
- Ein koordiniertes Vorgehen mit den übrigen Kantonen, insbesondere mit denjenigen der SDK-Ost, ist sicherzustellen.

Chur, 30. Mai 2000

Augustin, Suenderhauf, Berther (Sedrun), Biancotti, Büsser, Cahannes, Capaul, Casanova (Vignogn), Cathomas, Cavegn, Cavigelli, Crapp, Demarmels, Dermont, Farrér, Geisseler, Giuliani, Keller, Lardi, Loepfe, Luzio, Maissen, Parpan, Portner, Quinter, Righetti, Sax, Schmid (Sedrun), Schmid (Vals), Tremp, Tuor (Disentis/Mustér), Tuor (Trun), Zanolari, Zegg

M O T I O N

betreffend Polizeiorrganisationsgesetz

In der Gesetzgebung unseres Kantons sind die Rechtsgrundlagen für die Organisation, die Aufgaben und die Kompetenzen der Polizei in verschiedenen gesetzlichen Erlassen verstreut und nur rudimentär vorhanden. Gemäss Art. 28 Kantonsverfassung (KV) obliegt der Regierung unter anderem die Leitung und Beaufsichtigung des Polizeiwesens; gemäss Art. 30 KV sorgt die Regierung für die Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit. Wie aus Art. 40 Abs. 2 KV sowie Art. 2 und 4 lit. f Gemeindegesetz hervorgeht, hat der Gesetzgeber beispielsweise die niedere Polizei den Gemeinden überlassen. Die Aufgaben der Kantonspolizei ihrerseits sind in der grossrätlichen Verordnung über die Kantonspolizei vom 20. November 1974 sowie in dem von der Regierung erlassenen Dienst- und Organisationsreglement vom 24. August 1987 geregelt.

Auch wenn das Gesetz über die Strafrechtspflege (StPO) unter anderem den Bereich der gerichtlichen Polizei regelt, fehlt eine zeitgemässe Gesetzesgrundlage. Durch ein Polizeigesetz oder ein Polizeiorrganisationsgesetz würde mehr Rechtsklarheit und damit Rechtssicherheit für die Polizeibeamten einerseits, andererseits aber auch für die Bürger geschaffen. Ob nun ein umfassendes Polizeigesetz oder nur ein Polizeiorrganisationsgesetz erarbeitet werden soll, ist indessen ein Frage der politischen Machbarkeit.

Ziel eines solchen Polizeiorrganisationsgesetzes ist es, nebst der Festlegung der Organisation für die Aufgabenerfüllung, die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den Polizeidienststellen der verschiedenen Ebenen festzuhalten, so auch im Verhältnis zu anderen Kantonen und zum Bund sowie im Katastrophenfall. Weiter soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden für den Beizug von Hilfsorganen („Angestellte und Dritte“) für die Erfüllung von Polizeiaufgaben mit Ausnahme von strafprozessualen Zwangsmassnahmen und Personenkontrollen. Letzteres gilt insbesondere für die polizeiliche Aufgabenerfüllung durch Gemeinden, um diese vor Schadenersatzansprüchen möglichst zu bewahren. Gleichzeitig sollten die Grundsätze der personalrechtlichen Stellung der Kantonspolizei in einem solchen Gesetz geregelt werden.

Insgesamt soll es sich, sofern sich die Regierung für ein Polizeiorrganisationsgesetz entscheidet, um einen knapp gehaltenen Erlass im Sinne eines Rahmengesetzes handeln.

Wir stellen deshalb den Antrag, dass die Regierung dem Grossen Rat einen Entwurf für ein Polizeiorrganisationsgesetz bzw. ein Polizeigesetz vorlegt.

Chur, 30. Mai 2000

Portner, Geisseler, Roffler, Augustin, Bär, Barandun, Battaglia, Berther (Disentis/Mustér), Berther (Sedrun), Biancotti, Büsser, Cahannes, Cathomas, Cavegn, Crapp, Demarmels, Dermont, Farrér, Federspiel, Giuliani, Gross, Hartmann, Hess Hübscher, Jeker, Juon, Keller, Koch, Lardi, Lemm, Loepfe, Montalta, Noi, Parpan, Peretti, Plozza, Portner, Quinter, Ratti,

Rizzi, Scharplatz, Schmid (Sedrun), Schmid (Splügen), Schmid (Vals), Stiffler, Suter, Thomann, Tramér, Tremp, Tuor (Disentis/Mustér), Tuor (Trun), Vetsch, Walther, Zanolari, Zarro

P O S T U L A T O

sulla sicurezza della tratta A13 Thusis-Soazza

Il 21 maggio 2000 il popolo svizzero ha accettato il decreto d'approvazione degli accordi bilaterali Svizzera-UE. Tra gli accordi che entreranno in vigore vi sarà anche quello sul traffico, che prevede un'apertura agli autocarri di 40 tonnellate sull'asse del San Bernardino (strada nazionale A13). Il Governo dei Grigioni, come riferito in Gran Consiglio dal capo del dipartimento competente nel dibattito conseguente l'interpellanza del granconsigliere Zarro (GRP 2/1999-2000, pag. 480), ha sostenuto nei confronti della Confederazione che per motivi di natura edilizia, ma principalmente per la sicurezza, la strada nazionale A13 non è adeguata per un così elevato tonnellaggio.

I sottoscritti manifestano al Governo la propria preoccupazione e ritengono che la strada nazionale A13 nella tratta Thusis-Soazza non offra dal profilo della sicurezza sufficienti garanzie per l'apertura al traffico di veicoli da 40 tonnellate.

Si chiede pertanto al Governo:

Di disporre una perizia sulla tratta A13 Thusis-Soazza che abbia ad elencare con precisione in quali punti vi sono dei rischi elevati per la sicurezza.

Di stendere sulla base di tale perizia un'esatta lista degli interventi urgenti, stabilendo una priorità di intervento.

Di indicare sulla scorta della valutazione peritale se è ipotizzabile (garantendo gli standard minimi di sicurezza) l'apertura della A13 al traffico di veicoli da 40 tonnellate. Se sì, con quali misure urgenti e transitorie?

Se non è ipotizzabile un'apertura al traffico da 40 tonnellate per motivi di sicurezza come intende agire il Governo? A chi dovrebbe essere imputata la responsabilità politica in caso di "incidente maggiore" o catastrofe?

Coira, 29 maggio 2000

Keller, Schmid (Splügen), Zarro, Augustin, Bär, Barandun, Berther (Sedrun), Biancotti, Brüesch, Butzerin, Cahannes, Casanova (Chur), Casanova (Vignogn), Cathomas, Cavegn, Cavigelli, Christoffel, Crapp, Demarmels, Dermont, Feerspiel, Geisseler, Giovanini, Giuliani, Göpfert, Hartmann, Heinz, Hess, Hübscher, Juon, Kehl, Lardi, Lemm, Loepfe, Luzi, Luzzio, Märchy, Marti, Montalta, Noi, Parpan, Patt, Peretti, Plozza, Portner, Quinter, Righetti, Rizzi, Scharplatz, Schmid (Sedrun), Suenderhauf, Suter, Thomann, Tramér, Tremp, Tuor (Disentis/Mustér), Tuor (Trun), Valsecchi, Vetsch, Walther, Wettstein

I N T E R P E L L A N Z A

concernente l'applicazione delle misure accompagnatorie per gli accordi bilaterali in particolare per quanto riguarda il Moesano

Lo scorso 21 maggio il Popolo Svizzero ha accettato il decreto federale concernente gli Accordi bilaterali tra la Svizzera e l'UE. Spicca però il voto dei Circoli di Calanca, Mesocco e Roveredo i quali, come alcune altre zone dei Grigioni, hanno respinto tale proposta. Con il 65.30 % di no il verdetto negativo del Moesano risulta essere addirittura notevolmente superiore a quello del Cantone Ticino con il 57 % e, per esempio, del Comune di confine di Chiasso con il 60.2 di no.

La preoccupazione di buona parte della nostra popolazione riguarda in particolare gli accordi concernenti la libera circolazione delle persone e i trasporti terrestri. Infatti bisogna considerare tre fattori che caratterizzano la situazione nella Regione del Moesano: L'alto tasso di persone in cerca di lavoro che ammontava nei primi mesi del corrente anno sempre ancora al 6.7 % rispetto alla media federale pari al 4.2 % e alla media grigione del 2.8 %. Esiste quindi il timore che l'apertura delle frontiere crei ulteriore concorrenza sul mercato del lavoro e rafforzi la tendenza verso l'abbassamento dei salari. Inoltre, la nuova legislazione sugli appalti pubblici attira sin d'ora un forte interesse da parte di aziende ticinesi per le opere pubbliche in realizzazione nel Moesano. Ciò comporta la paura per una futura maggior concorrenza da parte di ditte italiane che disporranno di manodopera più a buon mercato. La strada nazionale A13 infine riscontra sì meno traffico dell'asse del San Gottardo, ma con i suoi oltre 70 chilometri di strada a sole due corsie senza separazione centrale e un dislivello complessivo di 2160 m, essa non è per niente adeguata per sopportare il traffico pesante di 40 tonnellate.

Confrontate con prospettive simili, le Autorità ticinesi hanno elaborato e fatto presente al Consiglio Federale degli scenari per poter affrontare situazioni di disagio dovute alla liberalizzazione del mercato del lavoro rispettivamente all'apertura delle strade nazionali a veicoli con un peso massimo di 40 tonnellate. In particolare il Ticino rivendica l'istituzione di un Osservatorio finalizzato alla vigilanza della corretta applicazione delle misure accompagnatorie degli accordi bilaterali.

I rappresentanti del Moesano in Gran Consiglio condividono le preoccupazioni della maggioranza degli aventi diritto di voto dei Circoli di Calanca, Mesocco e Roveredo riguardo a possibili ripercussioni negative degli accordi bilaterali sulla libera circolazione delle persone e sui trasporti terrestri e chiedono pertanto al Governo

Come giudica il voto dei Circoli di Calanca, Mesocco e Roveredo in merito agli accordi bilaterali e quali misure prevede per arginare eventuali ripercussioni negative degli accordi per la popolazione e l'economia del Moesano?

E' propenso alla istituzione di un Osservatorio per quanto concerne eventuali effetti negativi degli accordi bilaterali ed disposto ad agganciarsi in questo contesto all'iniziativa delle Autorità ticinesi ?

Coira, 29 maggio 2000

Zarro, Righetti, Peretti, Giuliani, Keller, Noi, Plozza,

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Hansjörg Trachsel

Der Protokollführer: Hanspeter Hänni